

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 3 (ohne Postgeld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 4

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 3 M. für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

Stadtkultur und Siedlungswirtschaft.

Von Martin Wagner.

Die Wirtschaftswesen lassen sich gemeinhin von zwei verschiedenen Standpunkten der Wirtschaftlichkeit aus betrachten, und zwar vom Standpunkt der Privatökonomie und der Kommunalökonomie. Bis hierher wurde das Siedlungswesen fast ausschließlich von der Privatökonomie beherrscht und darum auch überwiegend privatökonomisch beurteilt. Das Wohnhaus, das Wasserwerk, das Verkehrsmittel wurde als unrentabel bezeichnet, wenn es sich nicht so rentierte, daß ein Privatmann von diesen Objekten leben und mit ihnen Geschäfte machen konnte. Diese Individualrentabilität wurde — und wird noch heute — auch von Gemeinwirtschaftsverbänden für jede Gewinn- und Verlustrechnung als Grundlage genommen, obgleich die Kommunalökonomie a priori ihre Bilanz auf überindividuellistischer Grundlage aufbauen muß. Für sie bedeutet nicht die Summation von 10 in sich selbst entgegengesetzten Einzelwerten, sondern der Gesamterfolg der Lebensführung als Gewinnwert, der aus einer zusammengeschlossenen Wirtschaftsprüfung über Haupt entsteht. Die Kunst, den Bilanzist auf der richtigen Stelle zu setzen, wird die Kommunalökonomie noch zu lernen haben. An vorbildlichen Beispielen fehlt es selbst in der Privatökonomie nicht, was angelegte Berufstätigkeit aus übergeordnetem Wirtschaftlichkeit weitergeführt werden.

Die Siedlungswirtschaft tritt heute ganz überwiegend in das Stadium der Kommunalökonomie. Der Bau einer neuen Wohnung ist heute unrentabel. Seine Rentabilität ist nur erreichbar durch eine Fusion der Gewinnwerte der alten Wohnungsstände. Ob diese Fusion auf dem Wege der Sozialisierung oder auf dem Umwege über eine Steuer erreicht wird, ist eine Frage zweiter Grades. Wie bei den Wohnungsbauten kann eine Rentabilität auch bei allen anderen siedlungswirtschaftlichen Objekten nur auf dem Wege der Fusion der vorhandenen Wirtschaftswerte erreicht werden. Der Bau einer neuen Wohn-, eines neuen Wasserwerkes ist von vornherein unrentabel und unausführbar als Individualrentabilitätsobjekt. Diese Betriebe können ihre Rentabilität nur im Zusammenhang mit den sonstigen Wirtschaftswerten erfüllen, langfristig verbrauchbaren Gütern erhalten. Aber auch hier wird man den Strich der Bilanz nicht unter den Abschnitt Wirtschaftswerte oder unter den Abschnitt Wasserwerke zu setzen haben, sondern unter den kommunalökonomischen Haushaltsplan: Siedlungswirtschaft. Dies nur als Vorbemerkung.

Die Frage der Intensivierung des Stadtbauens in einem Umkreise einer ganz oder teilweise selbstverfügbaren Sphäre ist eine Beteiligungsfrage, von ausschlaggebender Bedeutung besonders für die Großstädte. Je mehr Erträge dem Stadtbauboden abgerungen werden sollen, je intensiver er bearbeitet werden soll, um so mehr Menschen-kräfte und Düngemittel müssen ihm zugeführt werden. Das Transporübermaß wird um so größer, wenn es sich um einen täglichen Transport von Kräften handelt, die den Boden im Nebenberuf bearbeiten sollen und oft fernab von ihrem Gartengrundstück wohnen. Evident ist, daß die Intensivierung des Stadtbauens großzügig nicht ohne hinreichenden und preiswerten Verkehr zu lösen ist und daß die derzeitigen hohen Verkehrslasten und eingeschränkten Verkehrsleistungen der Stadtkultur einschneidende Schwierigkeiten bereiten. Wie und mit welcher wirtschaftlichen Modernisierung lassen sich diese Schwierigkeiten beheben? Diese Frage muß beantwortet werden mit der Gegenfrage: Welche gesamtgesellschaftlichen oder kommunalökonomischen Vorteile bringt die Intensivierung des Stadtbauens?

Gehen wir in der Beantwortung dieser Frage von dem Fall aus, daß eine Familie mit 4 Köpfen an der intensiven Bewirtschaftung eines 400 qm großen Gartens interessiert ist, der nur mit einem Verkehrsmittel von der Wohnung aus erreichbar ist. Für die Bearbeitung dieses Gartens werden verbraucht: $25 \times 2 \times 6 = 300$ Sonntagsarbeitsstunden

und $100 \times 2 \times 1,5 = 300$ Wochentagsarbeitsstunden. Bewertet man die Gartenarbeitsstunden gering mit 250 M., so werden auf diesem Wege der Volkswirtschaft an produktiver Arbeitskraft Werte im Betrage von 1500 M. neu zugeführt. Um diese Bindung produktiver Arbeitskraft zu erreichen, muß die vierköpfige Familie etwa 1000 Fahrten im Jahre machen. Rein volkswirtschaftlich betrachtet, würde es noch lohnend sein, auf Kosten der Allgemeinheit und zugunsten der Erweiterung des Nahrungsraumes der Nation der obigen Familie für jede Fahrt und Kopf 1 M. Zuschuß zu geben. Auf jeden Fall ist dieser Zuschuß lohnender als jede Arbeitslosenunterstützung oder der Milliardenzuschuß, den wir für Lebensmittelaufkäufe an das Ausland zahlen. Die Mehrarbeit, die wir für die Nahrungsmittelproduktion und die Kostenförderung aufwenden, ist ohne Zweifel zu beschreiben. Denn nichts ist wichtiger, als diese beiden Grundstoffe menschlichen Bedarfes zu vermehren. Aber bedenken wir noch weiter, daß diese vierköpfige Familie durch die Gartenarbeit vom Verbrauch volkswirtschaftlich nutzloser Güter (Vergnügungen usw.) abgelenkt wird und dadurch weitere Kräfte für die Erzeugung wertvoller Güter freimachen hilft, daß sie der Lohnsteigerung durch Selbstverforgung mit Nahrungsgütern entgegenwirkt — dann werden wir zugeben müssen, daß diese Volksteile unterstützungsberechtigt sind und daß jene, die sich scheuen, in ihren Freizeiten ihre Arbeitskraft der Bodenarbeit zu widmen, unterstützungspflichtig sind.

Wie soll nun die Fahrpreisunterstützung für Siedler und Hausbesitzer, für unsere Stadtbauarbeiter, durchgeführt werden. Der beschränkte Raum verbietet es, hier das schwierige Tarifproblem in seiner ganzen Breite aufzudröhen.

Was spricht dagegen, dem Siedler, der seine Bodenarbeit durch Pachtertrag belegt, oder sie von der Stadtkulturgesellschaft beschließen läßt, auf den Namen laufende Monatsraten zu ermäßigtem Preise auszustellen? Die Begünstigung derjenigen Schichten der wertvollsten Bevölkerung, die arbeiten und der Nahrungsnot steuern wollen, ist gerade eine nationale Notwendigkeit, über die nicht zu argeln ist. Die Frage ist nur, wer den ermäßigten Differenzbetrag zahlen soll und wie dieser Betrag aufgebracht werden soll. Hierfür gibt es zwei Wege. Entweder wird der allgemeine Verkehrsstarif um den Differenzbetrag erhöht oder er wird auf die Boden- und Hausrente des Verkehrsgebietes umgelegt. Erklären wir diese Wege an dem Beispiel Groß-Berlin.

Annahme (roh geschätzt): In Groß-Berlin sollen 100 000 Siedler und Bodengärtner Fahrvergünstigungen erhalten. Da auf jeden Siedler etwa 1000 Fahrten im Jahre entfallen sollen, wären für 100 000 000 Fahrten im Jahre Vergünstigungen zu gewähren. Auf den verschiedenen Verkehrsstellen Groß-Berlins wurden im Jahre 1917 befördert mit 1 822 000 000 Personen. Nehmen wir an, daß die Vergünstigung die Hälfte des Tarifbetrages betragen soll, dann wäre der allgemeine Tarifhals mit einer Erhöhung von 4 bis 5 vom Hundert zugunsten der Siedler zu belasten. Das ist eine Belastung, die durchaus erträglich erscheint. Wird die Vergünstigung auf die Haus- und Bodenrente umgelegt, kann ergibt sich folgendes Bild: Jede Siedlerfamilie soll nach heutigen Preisen hoch gerechnet 75 4 kosten; davon sollen die Hälfte = 0,4 x 100 000 000 = 40 Millionen Mark auf den Betrag von 16,825 Milliarden Mark Groß-Berliner Bau- und Bodenrente umgelegt werden. Diese Umwälzung würde das Quadratmeter Wohnbau mit einer jährlichen Pflichtrente von etwa 1 4 belasten. Kann man sich diesen Pflichten Weg denken, das sterile Groß-Berliner Mietskasernenland an der Steigerung der Bodenrente zu beteiligen, als auf dem Umwege über eine Abgabe zugunsten der Selbstverforgung der Städte mit Nahrungsmitteln? Die Mietskasernen hat das Stadtbau unerschütterlich gemacht, hat dem Siedler die Bodenrente untergeschlagen, hat ihm Körper- und Seelenkraft geraubt — zugunsten der „Rentabilität“ der land-, luft- und luftlosen Wohnung. Die Mietskasernen hat Wiebergutmachungsschulden abgetragen;

sie darf nicht mehr das privatökonomisch bevorzugte Subjekt, sondern muß das kommunalökonomisch behandelte Objekt unserer Siedlungspolitik sein. Wird dieser Standpunkt öffentlich-rechtlich anerkannt, dann dürften sich auch die Schwierigkeiten beheben lassen, die der Intensivierung des Stadtbauens durch mangelnden und teuren Verkehr entgegenstehen.

Auf der gleichen kommunalökonomischen Grundlage läßt sich auch die Dingerfrage lösen. Wir brauchen heute in Groß-Berlin etwa 75 000 Waggons jährlich, um das Müll aus der Stadt in weit entfernte Gegenden zu schaffen, obgleich wir den Heizwert und die Dampfkraft des Mülls für die Intensivierung des Stadtbauens dringend brauchen. Hier hätte eine großzügige Organisation Platz zu greifen, die das Müll teils zu Kompost verarbeitet (Straßenfärbung), teils in Öfen verbrennt und mit dem hierdurch erzeugten Dampf Gewächshäuser heizt oder durch ein Rohrnetz die Bodenwärme steigert. Im Sommer wäre das Müll in erster Linie zu Kompost zu verarbeiten und im Winter für Heizwerke zu verbrennen. Die hierdurch entstehenden Kosten werden durch den erzielten Ruhestoff völlig gedeckt, was auch ohne Zahlenkenntnis dem Laien einleuchten muß, der weiß, daß wir heute in Groß-Berlin das Müll für etwa 20 Millionen Mark Unkosten fortzuschaffen müssen, ohne daß mit dieser Summe ein wesentlicher volkswirtschaftlicher Ruhestoff erzielt wird. Darum: Siedlungswirtschaft auf kommunalökonomischer Grundlage. Auf dieser Grundlage wird auch Stadtkultur, das heißt Großstadteigenes „rentabel“.

Unser Jahrbuch 1919.

In einem schmalen, sauber gearbeiteten Bande, wie in früheren Jahren auch, bietet sich uns das vor einigen Wochen den Vereinen zugegangene Jahrbuch dar. Im Umfang ist es sogar ein ganz Teil härter als seine letzten Vorgänger, woraus freilich niemand schließen wird, daß es ein Zeiträum besonderer Güte war, aus dem das Buch berichtet. Unsere Kollegen haben davon genug an ihrem eigenen Leibe erfahren. Es geht damit ähnlich wie mit manchen andern Dingen, die um so weniger laugen, je mehr man benötigt ist, über sie zu reden. Gleich die zur Jahr 1919 befristete die Unlust der Zeitverhältnisse, obwohl der Krieg beendet war, die Waffen während des ganzen Jahres ruhten, war das Jahr rein äußerlich noch kein Friedensjahr. Wieß doch die feindliche Morde, nach Kriegsende noch verschärft durch die Abwertung des Ostgebietes bis gegen die Jahresmitte, in der Höhe sogar bis zum Jahreschluss befehlen. Erst dann konnten wieder langentbehrte Lebensmittel und Rohstoffe herbeigeholt werden. Aber diese Möglichkeit war gering und bestand eigentlich nur nach der rechtlichen Seite. In der Tat war sie fast unanwendbar. Denn einmal waren der Weltmarkt und die internationale Produktion nur Schatten ihrer früheren Größe; wessen das darobende Volk am nötigsten bedurfte, daran mangelte es überall. Und dann wirkte der sinkende Wert der deutschen Zahlungsmittel fast noch abgrenzender als vorher die Morde. Deutschland konnte die allenfalls noch zu laufenden Waren mit seinem entwerteten Papiergeld einfach nicht mehr bezahlen. Die Hoffnung auf eine mit Kriegsende beginnende Besserung der Lebenshaltung, auf eine Gesundung der Gesamtwirtschaft, blieb noch unerfüllt.

Die Sieger im Weltkriege machen Deutschland als unterlegenen Teil für alle Schäden haftpflichtig. Ein geradezu unerfüllbarer Friedensvertrag legt ihm schwerste Verpflichtungen auf. Im Westen, Osten und Norden ist Deutschland um wichtige, für die Volksernährung schwer zu entbehrende Gebietsstücke verlustig worden. Im Osten und an der Saar entzog feindliche Besatzung weite Gebietsstücke an der lange Zeit seiner Versorgungsquelle. Die Volkskraft hat schwer unter dem Striege gelitten. Allein beim Heere hat Deutschland nach den Verlustlisten 1 718 246 Tote zu beklagen, 4 284 107 Kriegsteilnehmer haben Verwundungen erlitten, 1 073 619 sind vermisst oder in Gefangenschaft geflohen. Bei der Marine kommt man auf 24 112 Tote (Wasserschiffen und U-Booten), 29 830 Verwundete und (Wasserschiffen und U-Booten), 11 054 Vermisste oder in Gefangenschaft Geflorene. Nach Angaben der Regierung ist Ende 1920 mit etwa 1 850 000 Schwerkräftigen zu rechnen, wovon 208 000 um die Hälfte und mehr, 258 000 zu einem Drittel bis zur Hälfte, und 822 000 von einem Sechstel bis zu einem Drittel in

weisen, so würde dies so ausgelegt werden, als wollten wir den Bauern hier zu Einflüssen verleiten. Die Durchführung des Gesetzes und die Kritik an ihm muß darum...

Ich verstehe die Schwierigkeiten der Kontrolle nicht, aber wenn wir das Beste wollen, dürfen wir davon nicht zurückweichen. Es könnten Arbeiterkolonnen gebildet werden, die mit Hilfe der Verbände für Kontrolle und Gewerkschaften Hand in Hand arbeiten.

seiner Handlungen nicht kümmert, nicht geistige und sittliche Anbauerigkeit, sondern den Einkäuf, den die Verhältnisse, die Umwelt auf ihn ausüben. Wollen wir also ein edles Geschick heranziehen, so müssen wir zunächst gesunde und gute Lebensbedingungen schaffen.

Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs und die Gewerkschaften.

Am 5. November fand beim Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Besprechung des Bundesvorstandes mit den Genossen Joubaux und Werchum aus Frankreich statt, an der Genosse Edo Fimmen als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes...

Der Reizartikel in Nr. 48 des 'Grundstein' gibt mir Veranlassung zu nachfolgenden Betrachtungen. Es ist schon richtig, wenn der Verfasser schreibt, daß der Mensch im Bau seines Hauses und in seinen Lebensbedingungen keine...

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Seit dem vorigen Jahrtage ist die Arbeitslosigkeit von 18.740 auf 23.017 gestiegen; im Verhältnis zum nächstgrößeren Hundert von 8,85 auf 4,73. In den meisten mit größerer Arbeitslosigkeit lieg die Verhältnisse in Nürnberg von 9,0 auf 11,5, Leipzig von 8,7 auf 9,6, Berlin von 4,2 auf 7,0...

Table with 10 columns: Bezirk, Inhaftig, In den Betrieben, In den Betrieben, In den Betrieben, In den Betrieben, In den Betrieben, In den Betrieben, In den Betrieben, In den Betrieben. Rows list various cities like Königsberg, Danzig, etc.

Verantwortlichkeit.

Es soll jedoch nicht geteugnet werden, daß der Mensch mit seinen Verhältnissen und seiner Vernunft auf viele Gebiete greift, als er es nicht sollte, und er ist es noch nicht gekommen, daß er alle Angehörigen seines Geschlechts einigermassen annehmbare und angenehme Lebensmöglichkeiten schaffen konnte.

Kurzarbeit im Baugewerbe.

Wenn auch die Einführung der sogenannten Kurzarbeit nichts neues ist, so ist doch Tatsache, daß man sich in den Gewerkschaften bisher recht wenig mit ihr beschäftigt hat. Jetzt, da die Arbeitslosigkeit immer empfindlicher...

Der Mensch ist nicht anders als ein Tier, das mit seiner Vernunft und seinen Verhältnissen umzugehen muß. Er ist nicht anders als ein Tier, das mit seiner Vernunft und seinen Verhältnissen umzugehen muß. Er ist nicht anders als ein Tier, das mit seiner Vernunft und seinen Verhältnissen umzugehen muß.

Berichte.

Coblenz. (Ander nach.) Die hiesigen Unternehmer weigern sich, den am 25. Oktober in Köln gefällten Schiedsspruch zu erfüllen. Nach diesem müßten sie eine zwölfprozentige Lohnerhöhung zahlen. Der Fall ist bezeichnend für die Organisationsfähigkeit der Unternehmer, denn als...



